

**Antragssteller: Landesvorstand**Status:           angenommen            ~~abgelehnt~~            verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2 Weniger ist mehr - Für einen durchdachten und leistungsfähigen Staat

3 Politiker, Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes sind Menschen wie jeder von uns. Sie  
4 haben persönliche Interessen, einen begrenzten Erfahrungshorizont und eine begrenzte Belastbar-  
5 keit. Damit diese Personen ihre wichtigen Aufgaben für die Gesellschaft auch in Zukunft möglichst  
6 gut erledigen können, dürfen die Aufgaben des Staates nicht ständig erweitert und schwieriger  
7 gemacht werden. Auch ein ständiges Aufblähen des öffentlichen Dienstes kann keine Lösung für die  
8 Zukunft sein, denn von der öffentlichen Hand kann nur das Geld ausgegeben werden, das woanders  
9 im Land erwirtschaftet wird.

10 Unsere Rezepte für die kontinuierliche Leistungsverbesserung aller staatlichen Stellen sind die Be-  
11 grenzung der staatlichen Rechte und Pflichten auf das unbedingt notwendige Maß und eine ständige  
12 Optimierung der Abläufe in Gesetzgebungsverfahren sowie bei behördlichen Vorgängen. Der rasan-  
13 te technische Fortschritt bietet dazu ideale Voraussetzungen.

14 Die Verbesserungsgeschwindigkeit des öffentlichen Dienstes hinkt den digitalen und technologi-  
15 schen Optimierungsmöglichkeiten weit hinterher. Wir wollen, dass staatliche Organe für den Rest  
16 des Landes zu guten Beispielen in Hinblick auf Effizienz- und Prozessoptimierung im digitalen  
17 Zeitalter werden.

18 Damit soll Deutschland wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher werden. Verschwendung soll  
19 vermieden werden. Mit Verschwendung meinen wir noch viel mehr als das unnötige Verbrauchen  
20 von Konsumgütern. In international erfolgreichen deutschen Unternehmen kennt man bereits viele  
21 verschiedene Arten von Verschwendung, die aktiv an allen Ecken und Enden bekämpft werden. Sol-  
22 che Arten von Verschwendung sind zum Beispiel unnötige oder unklare Information, lange Warte-  
23 zeiten, unnötige Produktion, unnötige Wege, Fehler und unnötige Prozessschritte. Das ganzheitliche  
24 Verständnis von Verschwendung fehlt an vielen staatlichen Stellen. Sie sind eben keine Vorreiter in  
25 punkto Effizienz. Das wollen wir durch eine Vielzahl von Maßnahmen ändern! Davon kann am  
26 Ende jeder im Land profitieren. Unser Staat muss bei vielen Aufgaben besser werden. Vorteile von  
27 mehr Effizienz in staatlichen Organen sind zum Beispiel eine deutliche Kostenreduktion der Ver-  
28 waltungsapparate, daraus folgend niedrigere Steuern, schnellere Gerichtsverfahren, weniger Warte-  
29 zeiten in Ämtern, bessere Bildung, bessere Infrastruktur, weniger Gesetze und weniger Verordnun-  
30 gen.

31 **Jedermannsrecht für Deutschland**

32 Wir stehen für das Eigentumsrecht als eine elementare Säule unseres Rechtsstaates ein. Land- und  
33 forstwirtschaftliche Flächen sind eine spezielle Form von Eigentum, die in besonderer Weise zu ei-  
34 nem gesunden Ökosystem und zu Erholungszwecken beitragen. Wir glauben an die Vernunft der  
35 Naturliebhaber und Wanderer. Darum möchten wir in Deutschland ein Jedermannsrecht nach skan-  
36 dinavischem Vorbild einführen. Dort, wo es nicht explizit verboten ist und keine Feldfrucht geschä-  
37 digt werden kann, soll das Campen im Abstand von mindestens 500 m zur nächsten Wohnbebauung

1 für eine Nacht erlaubt sein. Naturschutzgebiete sollen von dieser Regel ausgenommen werden. Es  
2 ist kein Müll mit Ausnahme von vergrabenen Exkrementen zurück zu lassen. Offene Feuerstellen  
3 sollen nicht erlaubt werden. Mit einem Jedermannsrecht wird nicht nur den Naturliebhabern ein Ge-  
4 fallen getan. Auch die Polizei hat ein Verbot weniger, das es zu überwachen gilt.

#### 5 **Abschaffung des ARD ZDF Beitragsservice**

6 Schon die Bezeichnung öffentlicher Rundfunk veranschaulicht, wie veraltet das ganze System ist.  
7 Wer sich heute für Sport oder andere Unterhaltungsprogramme interessiert, findet dazu genügend  
8 private Anbieter.

9 Den quasistaatlichen ARD ZDF Beitragsservice wollen wir abschaffen. Damit sollen die Kosten des  
10 Beitragsservice und die Arbeit auf Seiten der Beitragszahler eingespart werden.

11 Eine Verringerung der Senderzahl und die Rückbesinnung auf Informationsvermittlung und den Bil-  
12 dungsauftrag ermöglichen eine Finanzierung in einem wesentlich engeren Rahmen. Dieser soll in  
13 Zukunft außerdem nicht länger durch Gebühren aller Bürger finanziert werden, unabhängig von ih-  
14 rer Nutzung des Angebots, sondern aus dem Bundeshaushalt. Dafür ist eine Kompetenzverlagerung  
15 der Länder auf den Bund notwendig. Für eine Übergangsphase, in der die öffentlichen Medienan-  
16 stalten sich abwickeln beziehungsweise umgestalten sollen, sehen wir eine Finanzierung aus dem  
17 Bundeshaushalt vor, die sich am heutigen Gebührenaufkommen orientieren soll und dann jährlich  
18 um einen festen Prozentsatz bezogen auf das heutige Gebührenaufkommen gekürzt wird. Der Tatort  
19 und die Übertragung von sportlichen Großereignissen sind keine hoheitliche Aufgabe. Hier werden  
20 sich andere Finanzierungsmöglichkeiten finden, wenn der Bedarf nach diesen Programmen tatsäch-  
21 lich besteht. Am Ende soll nur noch ein Informationsprogramm bleiben, das aus Steuermitteln fi-  
22 nanziert wird und inflationsbereinigt maximal 20% der Kosten verursacht, die der sogenannte öf-  
23 fentliche Rundfunk heute verschlingt.

24 Der für die Überwachung des öffentlichen Sendeauftrags zuständige Rundfunkrat soll außerdem  
25 nunmehr aus maximal 25 % Politikvertretern bestehen und im Übrigen von Vertretern der Gesell-  
26 schaft besetzt werden. Diese sollen den Querschnitt der Bevölkerung noch genauer abbilden.

#### 27 **Trinkalkohol einheitlich besteuern**

28 Deutschland leistet sich fünf verschiedene Steuern für fünf verschiedene Arten von alkoholarteigen  
29 Getränken. Das wollen wir durch eine einheitliche Steuer, die sich auf das Volumen des Trinkalko-  
30 hols bezieht, ändern. Der zu berechnende Alkohol-Steuersatz soll dabei so gewählt werden, dass die  
31 aus der neuen Steuer erwarteten Einnahmen den aktuellen Einnahmen aus Branntweinsteuer, Bier-  
32 steuer, Schaumweinsteuer, Zwischenerzeugnissteuer und Alkopopsteuer entsprechen. Das Verein-  
33 heitlichen der Alkoholsteuern spart Bürokratiekosten bei den entsprechenden Behörden und bei den  
34 Herstellern beziehungsweise Händlern von alkoholischen Getränken.

#### 35 **TTIP und CETA fertig verhandeln**

36 Freihandel ist gut. Er spart das Eintreiben und zahlen von Zöllen und erlaubt das Einsparen von un-  
37 produktiven Arbeitsplätze bei beiden Handelspartnern. Außerdem geht es bei Freihandelsabkommen  
38 wie TTIP und CETA nicht nur um den Abbau von Zöllen, sondern auch um das Vereinheitlichen  
39 von Normen und Richtlinien. Das würde deutschen Unternehmen viel Arbeit sparen, wenn sie an-

1 spruchsvolle Güter exportieren wollen. Darum fordern wir eine schnelle, sachliche und transparente  
2 Debatte um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA bis zu deren in Kraft Setzung.

3

4 Begründung:

5 -Erfolgt mündlich -

6

7

8

9

Antragssteller: KV Halle

Status:            angenommen             ~~abgelehnt~~             verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2 Kosten sparen – keine zusätzlichen Gremien schaffen

3 Die JungenLiberalen Sachsen-Anhalt lehnen die Forderung des Koalitionsvertrages ab, nach der zu-  
4 künftig auch in Gemeinden unter 300 Einwohnern ein eigener Ortschaftsrat gewählt werden soll.  
5 ~~Des weiteren halten wir die Einführung von Ortschaftsräten in Stadtteilen für unnötig.~~ Wir sehen  
6 darin vermeidbare zusätzliche Kosten. Außerdem wird das Problem verschärft, genug Kandidaten  
7 für einen Ortschaftsrat, der sowieso nur begrenzte Beschlussmöglichkeiten besitzt, zu finden.  
8 Bürgerversammlungen halten wir für das bessere Mittel zur Einbindung der Einwohner.

9 Begründung:

10 - Erfolgt mündlich -

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

**Antragssteller: KV Halle**

Status:           angenommen            ~~abgelehnt~~            verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2 Landeskoordinierungsstelle ablehnen – Vereine stärken

3 Wir als Junge Liberale Sachsen-Anhalt halten das Thema Gleichstellung von Homosexuellen für ein  
4 sehr relevantes Thema, dem mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden sollte. Trotzdem leh-  
5 nen wir die Schaffung einer Landeskoordinierungsstelle zur Gleichstellung Homosexueller ab.  
6 Ebenfalls wird die Ansiedlung der Beratung für Opfer homophober Gewalt bei der Staatsanwalt-  
7 schaft abgelehnt. Wir fordern stattdessen, die in diesem Bereich tätigen Vereine in Sachsen-Anhalt  
8 besser (finanziell) zu unterstützen.

9 Begründung:

10 Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Forderung zur “Einrichtung einer Landes-  
11 koordinierungsstelle zur Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Trans-, Bi- etc. -sexuellen sowie zur  
12 Vermeidung von Homophobie und Diskriminierung” formuliert. Außerdem sollen zukünftig nach  
13 Willen der Koalition Opferberatungen bei den Staatsanwaltschaften angesiedelt sein.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

Antragssteller: KV Halle

Status:            angenommen             ~~abgelehnt~~             verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2 Breitbandausbau JA, aber bitte richtig!

3 Die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt halten die Zukunftspläne des Landesentwicklungsministeri-  
4 ums bezüglich Breitbandausbau für nicht ausreichend. Wir fordern langfristig einen Ausbau des  
5 Breitbandnetzes im ganzen Land. Dieser soll mit modernster Technik ausgeführt werden, womit  
6 Geschwindigkeiten weit über 100Mbit erreicht werden können. Dies würde unser Land zukünftig  
7 attraktiver für die Ansiedlung von Unternehmen machen und Arbeitsplätze schaffen.

8 Begründung:

9 - Erfolgt mündlich -

- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24

**Antragssteller: Yana Mark**

Status:            angenommen             ~~abgelehnt~~             verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2 Die nächsten Hürden müssen fallen - ÖPNV liberalisieren

3 Die Jungen Liberalen fordern eine Öffnung des Öffentlichen Personennahverkehrs durch die Aufhe-  
4 bung des 50-km-Mindestabstandes zwischen zwei Haltestellen für Fernbusse. Dies soll unabhängig  
5 vom vorhandenen Angebot öffentlicher Verkehrsgesellschaften auf Straße und Schiene gelten. Eine  
6 Freigabe soll also auch für Strecken erfolgen, auf denen Schienenpersonennahverkehr mit einer  
7 Reisezeit bis zu einer Stunde betrieben wird, was bisher ebenfalls nicht möglich ist.

8 Begründung:

9 Nach der Liberalisierung des Fernverkehrs ist ein neuer Verkehrszweig entstanden: Die Beförde-  
10 rung mittels Fernbus, die in der Bevölkerung positiven Anklang findet. Im Fernverkehr müssen sich  
11 die öffentlichen Betriebe also bereits der privaten Konkurrenz stellen. Nicht so bislang auf Stre-  
12 cken, die kürzer als 50 km sind oder auf den eine alternative Zugverbindung vorhanden ist, die auf  
13 unter 60 Minuten Fahrtzeit kommt.

14 Der Bürger sollte jedoch auch hier entscheiden können, welche Art von Verbindung zu welchen Be-  
15 dingungen er nutzen möchte, ohne auf das faktische Monopol der öffentlichen Verkehrsbetriebe an-  
16 gewiesen zu sein. Dafür müssen die o.g. Einschränkungen aufgehoben werden.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

**Antragssteller: Elisabeth Schneider, Christian Hertig, Florian Endt**

Status:            angenommen             ~~abgelehnt~~             verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2 Latinumszwang überdenken

3 Für die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt steht ein möglichst selbstbestimmtes Studium im Mittel-  
4 punkt. Studierende sollen individuell entscheiden können wie sie ihr Studium gestalten und dabei  
5 möglichst wenigen Vorschriften unterworfen sein. Deshalb fordern wir Anforderungen an Studie-  
6 rende, die über Klausur-/Abgabeleistungen hinausgehen, nur dann zuzulassen wenn eine klare fach-  
7 liche Relevanz zum Studium vorhanden ist.

8 Die allgemeine Pflicht zum Nachweis des Latinums wird den differenzierten Anforderungen ver-  
9 schiedener Studiengänge nicht gerecht. Wir fordern das Latinum durch eine fachgebundene Prüfung  
10 im Rahmen des Studiums zu ersetzen. Eine solche Prüfung erlaubt es individuelle Schwerpunkte zu  
11 setzen, gleichzeitig ist so sichergestellt, dass die Studienleistungen der Studierenden auch mit ent-  
12 sprechenden Leistungspunkten honoriert werden. Das Latinum ist als äquivalent zu den fachge-  
13 bundenen Prüfungen anzuerkennen.

14 Wir lehnen ein Latinum nicht ab, plädieren jedoch dafür, dass es an die jeweiligen Studiengänge in  
15 Form von fachspezifischen Lateinkursen angepasst werden kann, sodass der Output in den Fächern  
16 letztendlich effizienter wird. Denn nicht immer ist ein mindestens äquivalentes Latinum die zielfüh-  
17 rende Variante im Studium.

18 Begründung:

19 - Erfolgt mündlich -

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29



**Antragssteller: Elisabeth Schneider, Christian Hertig, Florian Endt**

Status:            angenommen             ~~abgelehnt~~             verwiesen an: \_\_\_\_\_

1 Der Landeskongress möge beschließen:

2 **Start-Up für Deutschland: Hochschulen als Chancenmotor!**

3 Die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt bekennen sich zum Gründerland Deutschland, denn Fort-  
4 schritt und Innovation sind grundlegende Erfolgsfaktoren unserer Wirtschaft. Die Wissenschaft ist  
5 die Heimat der Innovation. Daher spielt aus unserer Sicht der Hochschul- und Wissenschaftsstand-  
6 ort Deutschland eine zentrale Rolle.

7 Aus Sicht der Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt braucht es ein Umdenken in den Köpfen: Scheitern  
8 darf kein Stigma sein! Scheitern und die Kultur der zweiten Chance sind zwei Seiten derselben  
9 Medaille.

10 Die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt möchten das Feuer des Gründens neu entfachen und fordern:

11 **Gründen braucht Wissen**

12 Unsere Hochschulen sind Impulsgeber für Wissenschaft und Wirtschaft. Damit das so bleibt, muss  
13 die Ausfinanzierung des Wissenschaftsstandortes Deutschland oberste Priorität der Politik sein. Die  
14 Lippenbekenntnisse der Politiker reichen uns nicht mehr. Wir brauchen eine Finanzierungsoffensi-  
15 ve.

16 Um Wissen und Fortschritt generieren zu können müssen Hochschulen gerade auch mit anderen  
17 Akteuren außerhalb der Hochschule zusammenarbeiten und insbesondere zusammenforschen dür-  
18 fen. Hochschulen sind ebenso Teil unserer offenen Gesellschaft, wie die Privatwirtschaft. Die oft-  
19 mals artikulierte Forderung, Privatwirtschaft und öffentliche Hochschulen strikt zu trennen verneint  
20 diese Tatsache. Wir befürworten ausdrücklich die Kooperation von Entrepreneuren und Hochschu-  
21 len (z. B.: gemeinsame Nutzung von Forschungseinrichtungen, Drittmittelfinanzierung). Es soll je-  
22 weils ausschließlich der Lehrstuhl bestimmen können, mit welchen Akteuren der Privatwirtschaft er  
23 zusammenarbeiten will.

24 **Gründen braucht Forschung**

25 An vielen Hochschulen gibt es bereits Institute bzw. Lehrstühle für Entrepreneurship, die sich  
26 wissenschaftlich mit den Themen Existenzgründung und unternehmerisches Handeln beschäftigen.  
27 Entsprechende Institute bzw. Lehrstühle sollen an weiteren Hochschulen eingerichtet werden.

28 **Gründen braucht Kooperation**

29 Vielerorts bestehen bereits Gründerzentren, initiiert von IHK o. ä. und Kommunalverwaltung.

30 Wir sprechen uns für organisationsübergreifende Kooperation der lokalen Akteure aus. Um potenti-  
31 ellen Gründern eine entsprechende Anlaufstelle zu bieten, müssen daher die Hochschulen künftig in  
32 den Gründerzentren beteiligt sein. Schon während des Studiums sollen Studenten die Chance habe,

1 die Akteure in den Gründerzentren kennen zu lernen. Räumliche Nähe zwischen Gründerzentren  
2 und Hochschulen sollte zusätzlich angestrebt werden. Die Gründerzentren sehen wir auch als Mög-  
3 lichkeit, um jungen Gründern kostengünstigen Büro- und Arbeitsraum zu bieten.

4 Begründung:

5 - Erfolgt mündlich -

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29